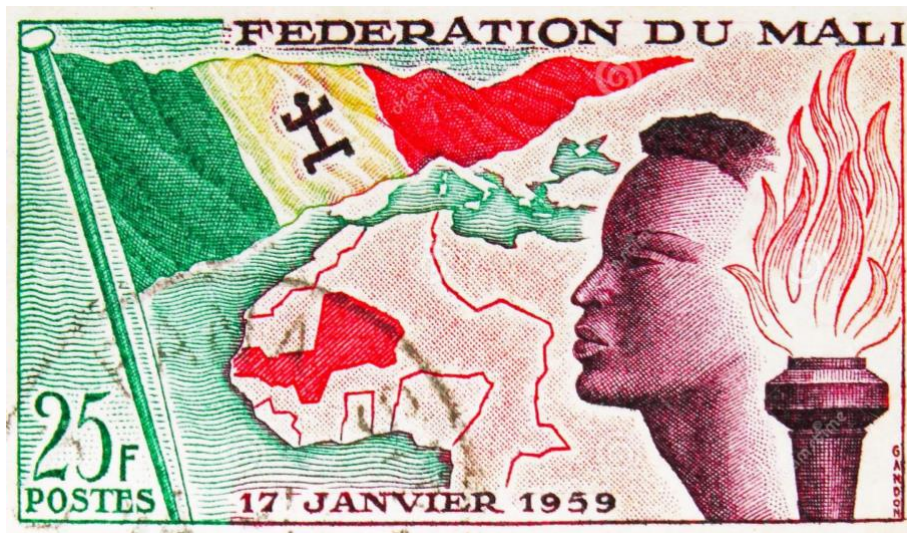


„L'option socialiste“: Der nichtkapitalistische Entwicklungsweg Malis und die internationale kommunistische Bewegung

Matthew Read
12. April 2023



Eine Briefmarke zum Gedenken an die kurzlebige Mali-Föderation

Von 1960 bis 1968 stand die Republik Mali an der Spitze der sozialen Revolution in Afrika. Die Regierungspartei des Landes, die *Union Soudanaise*, hatte sich geweigert, sich mit der formalen politischen Souveränität zu begnügen, und erklärte 1960, dass sich die Republik für die „l'option socialiste“ entscheiden würde, um die wirtschaftliche Unabhängigkeit und die soziale Befreiung des malischen Volkes zu sichern. Die nationale Bewegung in „Französisch-Westafrika“ unterhielt von Anfang an enge Verbindungen zur internationalen kommunistischen Bewegung. Viele ihrer Führer hatten die *Groupes d'Etudes Communistes* organisiert, Studienzellen, die sich in den 1940er Jahren mit Hilfe der Kommunistischen Partei Frankreichs über ganz West- und Äquatorialafrika verbreitet hatten. Nachdem Mali und Guinea Ende der 1950er Jahre mit antiimperialistischen Parteien an der Spitze ihre Unabhängigkeit erlangt hatten, nahm diese Beziehung neue Dimensionen an. Das sozialistische Lager begann nun, diese jungen Staaten in ihrem Bestreben zu unterstützen, die neokoloniale Ausbeutung zu überwinden und letztlich die kapitalistische Entwicklungsetappe zu umgehen.

Diese kurze Episode der revolutionären Umwälzung in Mali bietet Einblicke in mehrere zentralen Aspekte des Antiimperialismus im 20. Jahrhundert. Erstens vermittelt sie eine Vorstellung von der Art der Beziehungen zwischen dem sozialistischen Lager und den progressiven Regierungen in den befreiten Staaten. Beide hatten im westlichen Imperialismus einen gemeinsamen Feind, aber wie weit gingen sie bei der Koordinierung ihrer Aktionen und der Erörterung von Taktiken? Zweitens geben die Entwicklungen in Mali Aufschluss über die internationalistische Strategie der kommunistischen Kräfte an diesem historischen Scheideweg in den 1960er Jahren. Zu Beginn dieses Jahrzehnts wurden Theorien wie „der nichtkapitalistische Entwicklungsweg“ und der „Staat der nationalen Demokratie“ ausgearbeitet, die zu zentralen Konzepten in der Analyse der ehemaligen Kolonien durch die kommunistischen Kräfte werden sollten. Nicht zuletzt ist die Entwicklung der *Union Soudanaise* von einer antikolonialen Massenbewegung hin zu einer

avantgardistischen Partei ein Beispiel dafür, wie sich der Klassenkampf in der zweiten Phase der nationalen Befreiung entfaltete. Wie im Folgenden dargelegt wird, stand die Frage nach einer geeigneten politischen Organisationsform für den Kampf gegen den Neokolonialismus im Mittelpunkt der Debatten, die Revolutionäre in Afrika zu dieser Zeit führten.

Schlussfolgerungen, die aus einem einzigen Beispiel gezogen werden, sind natürlich nur vorläufig; es wird notwendig sein, die Erfahrungen in Mali mit denen in anderen nationaldemokratischen Staaten zu vergleichen.¹ Mali ist jedoch ein bedeutendes Beispiel, da die *Union Soudanaise* die erste Regierungspartei in den befreiten afrikanischen Staaten war, die den Marxismus-Leninismus als ihre ideologische Grundlage bezeichnete und sich Mitte der 1960er Jahre de facto dem sozialistischen Lager zuwandte. Die Recherchen für den folgenden Artikel stützen sich im Wesentlichen auf Dokumente der DDR und der SED, die sich im *Bundesarchiv* befinden, auf Artikel in kommunistischen Zeitschriften wie *Probleme des Friedens und des Sozialismus* sowie auf Analysen bürgerlicher und marxistischer Historiker. Spezifische Quellen, längere Zitate und zusätzliche Hinweise finden sich in den Fußnoten für diejenigen, die an weiteren Recherchen interessiert sind.

Die Rückständigkeit Westafrikas als Folge der europäischen Ausbeutung

Westafrika war einst das Zentrum einiger der höchstentwickelten Gesellschaften des afrikanischen Kontinents. Vom 5. bis zum Ende des 16. Jahrhunderts hatten aufeinander folgende Staaten große Wirtschaftsräume entwickelt, die hauptsächlich auf Landwirtschaft, Handwerk und Goldhandel basierten. Bis zum 16. Jahrhundert hatten frühe feudalistische Tendenzen in Westafrika (z. B. die Entstehung einer auf der Ausbeutung von Dorfgemeinschaften basierenden Aristokratie) begonnen, den kommunalen Egalitarismus zu untergraben, aber noch nicht vollständig ersetzt.² Mit der Ankunft der europäischen Sklavenhändler in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts wurde die Region gewaltsam von fremder Ausbeutung und Unterwerfung heimgesucht. Bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts war die westafrikanische Küste ein zentraler Knotenpunkt des transatlantischen Sklavenhandels, während das Hinterland zu einem Jagdrevier für Gefangene wurde, die dann im Austausch gegen Konsumgüter von geringem Wert an Europäer verkauft wurden. Diese vorkoloniale Ära hat die Entwicklung Westafrikas gründlich verzerrt, da sie die Region nicht nur ihrer Arbeitskräfte beraubte, sondern auch die interne Wirtschaftstätigkeit auf die äußerst zerstörerische Praxis der Sklavenjagd ausrichtete.

In den 1870er Jahren begannen die Franzosen mit der Errichtung von Festungen und Außenposten entlang des Niger und übernahmen die direkte Kontrolle über große Teile Westafrikas. Der Übergang zur Kolonialherrschaft bedeutete die Einbindung Westafrikas in die imperialistische Weltwirtschaft; die Arbeitskräfte sollten nun im eigenen Land ausgebeutet werden, anstatt sie ins Ausland zu exportieren. Erdnüsse wurden in „Französisch-Westafrika“ zu einer ersten Cash-Crop (Exportfrüchte), bevor die

¹ Um ein paar Beispiele zu nennen: Ägypten, Algerien, Syrien und Afghanistan. In unterschiedlichem Maße auch die zentralasiatischen Sowjetrepubliken, die Mongolei, China und Korea.

² Für einen umfassenderen marxistischen Überblick über diesen Zeitraum in Westafrika siehe die Werke des guyanischen Historikers Walter Rodney, *How Europe Underdeveloped Africa*, (London: Verso Books, 2018) und des französischen Historikers Jean Suret-Canale, z. B., „Die Bedeutung der Tradition in den westafrikanischen Gesellschaftsordnungen“ in *Tradition und nichtkapitalistischer Entwicklungsweg in Afrika*, ed. Irmgard Sellnow and Helmut Mardek, 107-139. Berlin: Deutscher Verlag der Wissenschaften, 1971.

Kolonialbehörden versuchten, entlang des Niger Baumwollprojekte zu errichten, wobei einheimische Familien zwangsumgesiedelt wurden, um das Land zu bearbeiten.³

Der französische Kolonialismus hat die westafrikanische Wirtschaft auf besondere Weise beeinträchtigt. Im Gegensatz zu den Kolonialherren Ostafrikas und Südafrikas, die die kommunalen Beziehungen auflösten und eine Klasse von enteigneten Arbeitern schufen, die in der Rohstoffindustrie oder auf quasi-feudalen Plantagen arbeiteten, exportierte Frankreich nur wenig Kapital nach Westafrika und beschränkte sein direktes Engagement in der Produktionssphäre.⁴ Die französischen Handelsgesellschaften setzten stattdessen vor allem auf die Auferlegung ungleicher Handelsbedingungen, um Gewinne zu erzielen: Sie kauften die landwirtschaftlichen Pflichtprodukte zu niedrigen Preisen auf und verkauften minderwertige Konsumgüter zu hohen Preisen.⁵ Dorf- und Gebietsvorsteher wurden von den Franzosen ausgewählt und bestochen, um die Kolonialherrschaft durchzusetzen und die Interessen der Handelsgesellschaften zu vertreten. Somit wurden die Dörfer in Westafrika den Bedürfnissen der ausländischen Monopole untergeordnet, ihre vorkapitalistische Gemeinschaftsverhältnisse blieb jedoch weitgehend intakt. Die westafrikanische Wirtschaft war daher am Ende der Kolonialzeit von starken Widersprüchen geprägt: Einerseits war sie direkt in den imperialistischen Weltmarkt integriert, andererseits war sie noch stark von vorgefeudalen Gemeindestrukturen geprägt, die vor allem auf Subsistenzlandwirtschaft, kollektivem Bodenbesitz und der patriarchalischen Familie basierten.

³ Klaus Ernst, *Tradition und Fortschritt im afrikanischen Dorf* (Berlin: Akademie-Verlag, 1973).

⁴ Frankreich zog es vor, Kapital nach Osteuropa und Russland zu exportieren (vor 1917). Wenn es Kapital nach Westafrika exportierte, blieb es in den Küstengebieten des Senegal und der Elfenbeinküste, wo die Franzosen einige große Plantagen errichteten, aus denen sich später in diesen Staaten eine Art Agrarbourgeoisie entwickeln sollte. Suret-Canale, "Die Bedeutung der Tradition in den westafrikanischen Gesellschaftsordnungen".

⁵ Auf der Grundlage solcher ausbeuterischen Praktiken sind einige moderne Monopole wie der UNILEVER-Konzern oder die *Compagnie française de l'Afrique occidentale* (heute die "Corporation for Africa & Overseas", CFAO) zu großer Prominenz gelangt. Rodney, *How Europe Underdeveloped Africa*.



Einsammlung von gewebter Baumwolle in der Stadt Bandiagara (ca. 1900): Durch solche Naturalsteuern konnte Frankreich Dörfer, die sich ansonsten selbst versorgten und nicht auf Warenproduktion ausgerichtet waren, dazu zwingen, den Bedarf seiner Monopole zu decken.

In den 1950er Jahren hatte die Unabhängigkeitsbewegung in Westafrika bedeutende Zugeständnisse von Frankreich errungen. Das *Rassemblement Démocratique Africain* (RDA), ein 1946 gegründeter Zusammenschluss von Parteien aus ganz Französisch-West- und Äquatorialafrika, spielte neben der Kommunistischen Partei Frankreichs (KPF) eine entscheidende Rolle, um das französische Establishment zur Akzeptanz der politischen Autonomie der Kolonien zu drängen. Die RDA-Sektion im „französischen Sudan“ (dem heutigen Mali) war die *Union Soudanaise* (US-RDA). Mitbegründer der Partei war Modibo Keïta, ein junger Lehrer aus Bamako, der in seiner Heimatstadt in den KPF-nahen Kommunistischen Studiengruppen (*Groupes d'Etudes Communistes*) aktiv gewesen war. Keïta wurde zum Anführer der Unabhängigkeitsbewegung im französischen Sudan und erlangte 1958 in einem Referendum die Autonomie der neuen sudanesischen Republik. Als Panafrikanist setzte sich Keïta für die Integration der ehemaligen Kolonien in Französisch-Westafrika ein. Die Mali-Föderation, eine Union zwischen der Sudanesischen Republik und dem Senegal, wurde Anfang 1959 gegründet, aber die Führer der beiden Länder hatten unterschiedliche Zukunftsvisionen, denn die Senegalesen bevorzugten eine kapitalistische Entwicklung und engere Beziehungen zu Frankreich. Nach nur wenigen Monaten löste sich die Union auf, und die US-RDA rief im September 1960 die unabhängige Republik Mali aus. Das Scheitern der Föderation stellte einen schweren Schlag für die US-RDA dar, denn der Senegal war Malis Tor zur Welt. Die Hauptstadt (Bamako) war nun fast 1000 Kilometer von der Küste entfernt, eine Tatsache, die die malische Wirtschaft noch jahrzehntelang belasten sollte.



Die US-RDA und die internationale kommunistische Bewegung

Die US-RDA war eine Massenpartei, die als nationale Front agierte. Sie war aus einer Reihe von Zusammenschlüssen verschiedener politischer Gruppierungen hervorgegangen, die von der sozialdemokratischen *Section française de l'Internationale ouvrière* (SFIO) oder der marxistisch-leninistischen KPF beeinflusst waren. 90 Prozent der Mitglieder der US-RDA waren Bauern, während die Führung überwiegend aus dem Kleinbürgertum stammte (z. B. Lehrer, Ärzte und Angestellte).⁶ Die im Entstehen begriffene Arbeiterklasse, die zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit nur 2,8 % der arbeitenden Bevölkerung Malis ausmachte, war in der Partei relativ schwach vertreten, konnte aber über die *Union Nationale des Travailleurs du Mali* (UNTM), die der Partei angeschlossene Gewerkschaft, einen gewissen Einfluss ausüben. Unmittelbar nach der Unabhängigkeit Malis kündigte ein Kongress der US-RDA eine zweite Etappe des nationalen Befreiungskampfes an und erklärte, das Land müsse „unverzüglich und entschlossen die wirtschaftliche Entkolonisierung in Angriff nehmen, schnellstens eine neue Wirtschaftsstruktur herstellen und, von den realen Möglichkeiten der afrikanischen Länder ausgehend, die Handelsbeziehungen im Rahmen einer sozialistischen Planung entwickeln“.⁷ Nachdem die formale politische Souveränität erlangt worden sei, gelte es nun, das Land in die wirtschaftliche Unabhängigkeit und soziale Emanzipation zu führen, um „das Volk vom Erbe des Kolonialismus zu befreien“.

⁶ Ernst, *Tradition und Fortschritt im afrikanischen Dorf*.

⁷ Außerordentlicher Parteitag der US-RDA am 22. September 1960, zitiert in *Economie et politique*, Nr. 96, 1962, p.89 (Bundesarchiv DQ_1_23938)

Als erster Präsident Malis leitete Keïta im Rahmen dieser *Option Socialiste* eine Reihe von Maßnahmen ein: Schlüsselsektoren der ehemals kolonialisierten Wirtschaft wurden verstaatlicht und in einen Fünfjahresplan (1961–66) integriert, eine neue Währung wurde geschaffen, um sich von der neokolonialen französischen CFA-Franc-Zone zu lösen, und eine „*Action rurale*“ wurde ins Leben gerufen, um die naturalwirtschaftlichen Dorfgemeinden in moderne landwirtschaftliche Genossenschaften zu verwandeln. Diese Initiativen sollten die ersten Schritte einer dreistufigen Revolution in Mali sein: eine erste „sozialistische Umgestaltung“ der bestehenden Verhältnisse, gefolgt vom „Aufbau des Sozialismus“ und schließlich der „Konsolidierung der sozialistischen Gesellschaft“.⁸

Die US-RDA war zwar die erste nichtkommunistische Partei in Afrika, die den Marxismus-Leninismus als ihre ideologische Grundlage bezeichnete, doch blieb sie eine sozial und ideologisch heterogene „patriotische Front“.⁹ Vor der Unabhängigkeit befanden sich alle Klassen und sozialen Gruppen in Mali (mit Ausnahme der korrumpierten Stammesführer) im Widerspruch zur ausländischen Kolonialmacht. Nach der Erlangung der politischen Unabhängigkeit und dem Beginn des nationalen Aufbaus begann sich die Klassendifferenzierung zu verstärken, und innerhalb der Partei kristallisierten sich Fraktionen heraus. Eine rechte Strömung hatte eine relativ starke Position in der Parteiführung inne und verfügte über etwa die Hälfte der Sitze im Politbüro und mehrere wichtige Ministerposten. Diese Gruppe forderte die *Option Socialiste* nicht offen heraus, sondern setzte sich für gemäßigttere Reformen und ein weniger gegnerisches Verhältnis zu Frankreich ein. Ein linker Flügel der Partei wurde von denjenigen unterstützt, die in den Studiengruppen der KPF aktiv gewesen waren, die sich Ende der 1950er Jahre mit der US-RDA zusammengeschlossen hatten. Diese linke Strömung erhielt bald Unterstützung vom Jugendverband der Partei (der JUS-RDA) und von Gewerkschaftsmitgliedern. Sie verfügten über keine eigenständige politische Plattform und traten stattdessen für die konsequente Umsetzung der *Option Socialiste* ein.

Die US-RDA war unnachgiebiger als die meisten anderen Regierungsparteien in den Nachbarstaaten, aber sie hatte nie ganz mit Frankreich gebrochen. Um ihren Einfluss im Land aufrechtzuerhalten und die Unstimmigkeiten in der US-RDA zu verschärfen, begannen die westlichen Mächte Anfang der 1960er Jahre, der Regierung Keïta Finanzkredite anzubieten. Mali trat daraufhin dem Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank im Jahr 1963 bei und unterzeichnete 1964 ein Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG). Das sozialistische Lager gab sich in dieser Frage wenig Illusionen hin und erkannte, dass sich Mali angesichts der kolonialen Unterentwicklung und der begrenzten sowjetischen Ressourcen in einer schwierigen Lage befand, in der die US-RDA versuchte, „politisch zwischen beiden Weltsystemen zu lavieren“.¹⁰

⁸ Siehe Idrissa Diarra, „Massenpartei und Aufbau des Sozialismus“, *Probleme des Friedens und des Sozialismus*, Ausg. 01, 1967.

⁹ Die folgende Zusammenfassung basiert auf Ernsts Buch von 1973 und Dokumenten, die im Bundesarchiv gefunden wurden (Bundesarchiv DY 30/98101 and DY 30/98099). Beide Quellen stützen ihre Analysen auf Recherchen aus erster Hand in Mali und auf Berichte in *L'Essor*, die Zeitung der US-RDA.

¹⁰ Zitiert aus einer internen DDR-Einschätzung von 1965 (DY 30/9810). Eine ähnliche Einschätzung wurde auch Anfang 1968 vorgenommen: „Auf Grund der komplizierten ökonomischen Situation Malis und der begrenzten Möglichkeiten der sozialistischen Länder, Hilfe zu erweisen, sieht die malinesische Führung sich gezwungen, die Hilfe imperialistischer Staaten (Frankreich, Westdeutschland) in Anspruch zu nehmen.“ Obwohl Mali Mitglied der Bewegung der Blockfreien Staaten war, betonte Präsident Keïta Anfang der 1960er Jahre, dass dies nicht mit Neutralität gleichzusetzen sei: „In der Tat, wir sind ein nichtpaktgebundenes Land, aber unsere



1961 schloss sich Mali mit Ghana und Guinea in der Union Afrikanischer Staaten zusammen, die die Zersplitterung Westafrikas durch eine schrittweise Integration der Wirtschaft der drei Staaten überwinden sollte. Doch auch sie war nur von kurzer Dauer, da Unstimmigkeiten zu ihrer Auflösung im Jahr 1963 führten. Von links nach rechts: Modibo Keita, Kwame Nkrumah und Sékou Touré.

Die internationale kommunistische Bewegung war zu dieser Zeit durch die Auflösung der Komintern 1943 und des Kominform 1956 geschwächt. In dem Versuch, die internationale Koordinierung der Bewegung wiederzubeleben, wurden Ende der 1950er Jahre mehrere Treffen organisiert, deren Höhepunkt das „Internationale Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien“ von 1960 war, zu dem 81 Parteien in Moskau zusammenkamen. Sie entwickelten dort das recht nebulöse Konzept eines „Staates der nationalen Demokratie“, um die komplexen Prozesse zu erfassen, die sich in vielen der befreiten Staaten abspielten. In der Erklärung heißt es dazu:

“Die vordringlichen Aufgaben der nationalen Wiedergeburt, können in den Ländern stehen, die das koloniale Joch abgeworfen haben, nur dann erfolgreich gelöst werden, wenn ein entschlossener Kampf gegen den Imperialismus und die Überreste des Feudalismus geführt wird und sich alle patriotischen Kräfte der Nation, zur nationalen, demokratischen Einheitsfront zusammenschließen. Festigung der politischen Selbstständigkeit, Agrarreformen im Interesse der Bauernschaft, Abschaffung der Überreste des Feudalismus, Beseitigung der ökonomischen Wurzeln der Herrschaft des Imperialismus, Beschränkung und Verdrängung der ausländischen Monopole aus der Wirtschaft, Aufbau und Entwicklung der nationalen Industrie, Hebung des Lebensstandards der Bevölkerung, Demokratisierung des öffentlichen

Nichtpaktgebundenheit bedeutet keinen Seiltanz. Unsere Nichtpaktgebundenheit bedeutet keine Ruhe gegenüber den imperialistischen Aggressionen Unsere Nichtpaktgebundenheit bedeutet nicht, stumm gegenüber der Verletzung der Rechte der Völker, der Bürger zu bleiben. Unsere Nichtpaktgebundenheit bedeutet ebenfalls nicht, dass wir uns in uns selbst zurückziehen vor einer kulturellen Aktion, die darauf gerichtet ist, die sozialistischen Länder, die kommunistische Länder als Länder der Unordnung zu beseitigen.“ (zitiert in *Argumente und Tatsachen, Zur Entwicklung der afrikanischen Parteien* (Berlin: Zentralkomitee der SED, 1965), 29.)

Lebens, unabhängige, friedliebende Außenpolitik, Entwicklung der wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenarbeit mit den sozialistischen und anderen befreundeten Ländern – das sind die gesamt-nationalen demokratischen Aufgaben, zu deren Lösung sich die fortschrittlichen Kräfte der Nation in den Ländern, die sich befreit haben, zusammenschließen können und tatsächlich zusammenschließen.“¹¹

Nach dem Verständnis der kommunistischen Bewegung hatte die US-RDA Mali auf einen Weg der "nicht-kapitalistischen Entwicklung" gebracht, der eine antiimperialistische Transformation und eine tiefgreifende Demokratisierung der Gesellschaft beinhaltete. In den meisten befreiten Ländern wäre eine erste Phase der „nationalen Demokratie“ erforderlich, da die jahrzehntelange koloniale Ausbeutung eine sofortige sozialistische Revolution unmöglich machte.¹² Da die Arbeiterklasse in diesen Ländern zahlenmäßig schwach war, konnte dieses Unterfangen nicht von der Diktatur des Proletariats geleitet werden, sondern von einer Übergangsform der politischen Organisation: einer antiimperialistischen Front, die aus Arbeitern, Bauern, dem Kleinbürgertum und sogar Elementen der nationalen Bourgeoisie bestand.¹³ An der Spitze standen oft „revolutionäre Demokraten“, Mitglieder der Intelligenz oder Offiziere, die die nationale Bewegung verkörperten. Beispielhaft hierfür waren Persönlichkeiten wie Modibo Keita in Mali, Kwame Nkrumah in Ghana und Abdel Nasser in Ägypten. Die Kommunisten hielten zwar an der Notwendigkeit dieses klassenübergreifenden Bündnisses fest, erkannten aber auch dessen prekären Charakter:

“Unter den jetzigen Umständen ist die nicht mit den imperialistischen Kreisen verbundene nationale Bourgeoisie der kolonialen und abhängigen Länder objektiv daran interessiert, dass die Hauptaufgaben der antiimperialistischen, antifeudalen Revolution gelöst werden. Sie bewahrt daher die Fähigkeit, am revolutionären Kampf gegen den Imperialismus und den Feudalismus teilzunehmen. In diesem Sinne ist sie fortschrittlich. Sie ist jedoch wankelmütig. Neben einer fortschrittlichen Einstellung neigt sie auch zum Paktieren mit dem Imperialismus und dem Feudalismus. Infolge ihres zwiespältigen Charakters nimmt die nationale Bourgeoisie in verschiedenen Ländern in unterschiedlichem Maße an der Revolution teil. Dies hängt von den konkreten Bedingungen ab, von den Veränderungen im Kräfteverhältnis zwischen den Klassen, von der Schärfe der Gegensätze zwischen Imperialismus, Feudalismus

¹¹ „Erklärung der Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien“ (Berlin: Dietz Verlag, 1960), 42. <https://www.marxists.org/history/international/comintern/sino-soviet-split/other/1960statement.htm>

¹² Das Konzept der "nationalen Demokratie" ähnelt dem Konzept der "Volksdemokratie" und dem, was Mao 1940 in seinem Text "Über die neue Demokratie" als "einen neuen demokratischen Staat unter der gemeinsamen Diktatur mehrerer antiimperialistischer Klassen" bezeichnete.

¹³ 1973 haben die DDR-Wissenschaftler E. Dummer und E. Langer die Grundvoraussetzung für eine solche Staatsmacht benannt: "Ein entscheidendes Kriterium für diese Länder, in denen die Machtverhältnisse klassenmäßig noch nicht klar zu bestimmen sind, in denen nicht nur gesellschaftliche, sondern auch politische Übergangsverhältnisse bestehen, ist jedoch, dass die einheimische Bourgeoisie das Monopol der politischen Macht verloren hat." (in *Internationale Arbeiterbewegung und revolutionärer Kampf* (Berlin: Dietz Verlag, 1973), 357.)

und den Volkmassen, von der Tiefe der Gegensätze zwischen Imperialismus, Feudalismus und der nationalen Bourgeoisie.“¹⁴

Es wurde auch behauptet, dass die Unterstützung des sozialistischen Lagers diese nationaldemokratischen Regime in die Lage versetzen könnte, die politischen, materiellen und sozioökonomischen Voraussetzungen für den Sozialismus zu schaffen, ohne eine kapitalistische Entwicklung durchlaufen zu müssen.¹⁵ Ein wichtiger Bezugspunkt für dieses Konzept der „nichtkapitalistischen Entwicklung“ waren die Mongolische Volksrepublik und die zentralasiatischen Sowjetrepubliken, die in den 1920er und 30er Jahren eine erste Phase der revolutionär-demokratischen Transformation durchlaufen hatten, bevor sie zum sozialistischen Aufbau übergingen.¹⁶ In den ehemaligen Kolonien Afrikas, Asiens und Lateinamerikas würde dieser nichtkapitalistische Weg einen ständigen Kampf gegen die Kolonialmächte und gleichzeitig eine Begrenzung und schrittweise Rückführung der kapitalistischen Verhältnisse im eigenen Land bedeuten. Ziel war es, die antiimperialistische nationale Revolution in Richtung einer sozialistischen Revolution voranzutreiben, so wie es in Kuba geschehen war, wo der revolutionäre Demokrat Fidel Castro den Marxismus-Leninismus mit dem Fortschreiten der Revolution annahm. Dies war die theoretische Grundlage, auf der die UdSSR und ihre Verbündeten in den 1960er Jahren bereitwillig Staaten wie Mali unterstützen wollten:

“Die kommunistischen Parteien kämpfen aktiv für eine konsequente Vollendung der antiimperialistischen, antifeudalen, demokratischen Revolution, für die Bildung eines nationaldemokratischen Staates und für eine wirksame Hebung des Lebensstandards der Volksmassen. Sie unterstützen die Maßnahmen der nationalen Regierungen, die der Verankerung der erzielten Errungenschaften dienen und die Positionen des Imperialismus untergraben.“¹⁷

Malis nichtkapitalistischer Entwicklungsweg und die Solidarität der DDR

Unmittelbar nach der Unabhängigkeit nahm Mali enge Beziehungen zu zahlreichen sozialistischen Staaten auf und suchte deren Unterstützung bei der Verwirklichung der *Option Socialiste*. Ein erster Austausch mit der DDR begann über den Freien Deutschen Gewerkschaftsbund (FDGB), der 1960 eine Delegation nach Westafrika entsandte. Die

¹⁴ „Erklärung der Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien“ (Berlin: Dietz Verlag, 1960), 44.

¹⁵ Es hieß, dass der von den nationalen Demokratien eingeschlagene Weg der nichtkapitalistischen Entwicklung die Bedingungen schaffen würde, unter denen eine Arbeiterklasse - das zum sozialistischen Aufbau fähige politische Subjekt - entstehen könnte. Nationaldemokratische Regime könnten so die historische Aufgabe der kapitalistischen Produktionsweise vollenden, ohne die Qualen der Diktatur der Bourgeoisie ertragen zu müssen. Wie weiter unten gezeigt wird, hat dieses Konzept seine Wurzeln auf dem 2. Weltkongress der Komintern im Jahr 1920 und wurde nach dem Zweiten Weltkrieg zu einem Eckpfeiler der kommunistischen Strategie ausgebaut. Siehe auch „sozialistische Orientierung“ in *Wörterbuch des Wissenschaftlichen Kommunismus* (Berlin: Dietz Verlag, 1982).

¹⁶ See, for example, Kurt Huber, „Die Mongolische Voksrepublik – Beispiel eines erfolgreichen nichtkapitalistischen Entwicklungsweges zum Sozialismus“ in *Nichtkapitalistischer Entwicklungsweg Aktuelle Probleme in Theorie und Praxis (Protokoll einer Konferenz)* (Berlin: Akademie-Verlag, 1973).

¹⁷ „Erklärung der Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien“ (Berlin: Dietz Verlag, 1960), 45.

malischen Offiziellen betonten die Notwendigkeit, das Gesundheitssystem des Landes auszubauen, da Frankreich es in einem beklagenswerten Zustand hinterlassen hatte. Es herrschte ein akuter Ärztemangel (1960 kam auf 40.000 Einwohner 1 Arzt), so dass viele Krankheiten unbehandelt blieben. Epidemien von Tuberkulose, Malaria und Syphilis breiteten sich unkontrolliert aus.¹⁸ Nachdem der malische Gesundheitsminister sein Interesse an einer Zusammenarbeit in diesem Bereich bekundet hatte, reisten Vertreter der US-RDA in die DDR, um Pläne zu entwickeln. Der Schwerpunkt der Zusammenarbeit sollte auf der präventiven Versorgung der Bevölkerung und der Reorganisation der Struktur des Gesundheitssystems liegen. Schon bald wurden 60.000 Polio-Impfstoffe nach Mali geschickt, und der FDGB half bei der Zusammenlegung der malischen Gesundheitsgewerkschaften zu einer effizienteren, zentralisierten Organisation. Es wurde auch ein Programm zur Ausbildung malischer Studenten in Ostdeutschland entwickelt. Die erste Klasse traf 1960 an der medizinischen Hochschule in Quedlinburg ein. Ihnen folgten Hunderte von anderen Maliern, die eine Vielzahl von Fachrichtungen studierten. Die Zusammenarbeit wurde dann schrittweise auf die Ausbildung von Facharbeitern, den kulturellen Austausch, Partnerschaften im Bereich der Volksbildung und die Ausbildung politischer Kader ausgeweitet.



Malische Studenten der Karl-Marx-Universität in Leipzig posieren für ein Foto, nachdem sie eine Erklärung verfasst haben, in der sie den Einsatz einer französischen Atombombe in der Wüste Sahara während des algerischen Unabhängigkeitskrieges verurteilen (Februar 1960).

Die Landwirtschaft war der wichtigste Wirtschaftszweig in Mali. 90 % der erwerbstätigen Bevölkerung waren in diesem Sektor tätig. Sie war auch die wichtigste Akkumulationsquelle des Landes, denn 92 % der Exporte kamen aus der Landwirtschaft. In

¹⁸ DQ 1_23938.

vielen Regionen blieb das Niveau der Produktivkräfte jedoch extrem niedrig: Der Boden wurde von Familien bewirtschaftet, die mit handbetriebenen Geräten arbeiteten und mehr als drei Viertel ihrer Erträge für den Lebensunterhalt verbrauchten. Da die Besonderheiten der Kolonialherrschaft im französischen Soudan nicht zur Entstehung von Großgrundbesitz geführt hatten, bestand keine Notwendigkeit für eine Landreform wie in Kuba, Ägypten oder im Irak. Stattdessen sollten die Dorfgemeinden durch die *Action rurale* in Genossenschaften (*Groupement Rural de Production et de Secours Mutuel, GRPSM*) umgewandelt und an staatliche Einrichtungen (*encadrement rural*) angeschlossen werden, die den Bauern bei der Anwendung moderner Produktionsmethoden helfen könnten. Die *Action* sollte das Herzstück der sozialistischen Transformation in Mali sein. Ziel war es, die landwirtschaftliche Produktion über die Subsistenzlandwirtschaft hinaus zu steigern und über staatliche Handelsunternehmen die für die Industrialisierung notwendigen Mittel zu generieren. Die GRPSM sollten auch zu Motoren des sozialen Fortschritts auf dem Lande werden: Sie würden ihre eigenen Verwaltungsstrukturen wählen und Alphabetisierungszentren, Sanitätsstationen, Geschäfte und Saisonschulen für junge Dorfbewohner einrichten.

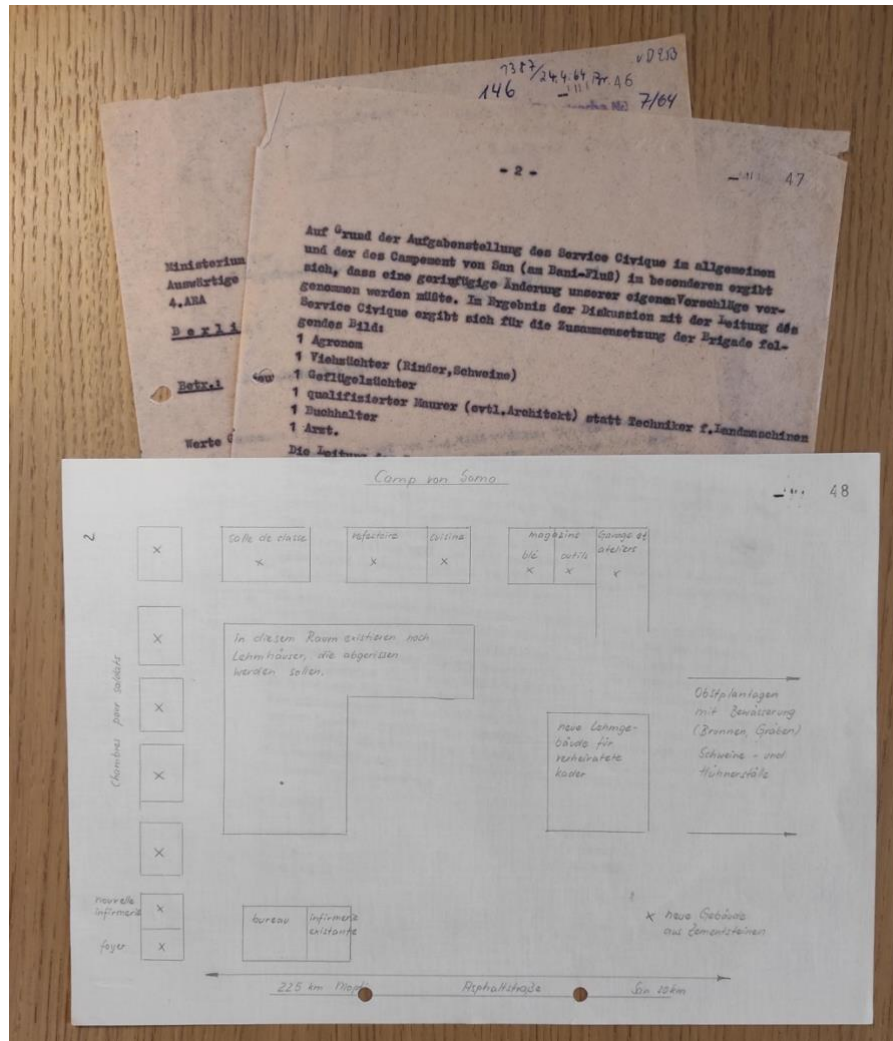


Dogon-Bauern aus Zentralmali pflügen und säen ihr Land mit Handwerkzeugen (ca. 1970).

Nach einem Hilfsersuchen der JUS-RDA rüstete die Freie Deutsche Jugend (FDJ) 1960 eine Freundschaftsbrigade aus - die erste von Dutzenden von Brigaden, die später in die ganze Welt entsandt wurden -, um beim Bau eines GRPSM in Somo, Mali, zu helfen. Die erste Brigade bestand aus sechs Mitgliedern: einem Agronomen, einem Viehzüchter, einem Maurer, einem Schreiner, einem Mechaniker und einem Arzt. Zur Ausrüstung gehörten ein Traktor mit Pflug, ein Lastwagen mit Anhänger, eine Sämaschine, ein Jeep und eine Zentrifugalpumpe. Die Brigade arbeitete mit 30 malischen Landwirten zusammen, säte Reis, Hirse und Erdnüsse und baute neue Gebäude für die Viehzucht und Wartungsarbeiten.

Mitte der 1960er Jahre waren in Mali erhebliche Fortschritte erzielt worden, insbesondere im Vergleich zu den Jahrzehnten der Kolonialherrschaft. Während die

Franzosen nur 4 % der kolonialen Steuern für die Bildung in Westafrika ausgaben, gelang es der US-RDA, die Zahl der Grund- und Sekundarschüler in nur drei Jahren zu verdoppeln.¹⁹ Hunderte neuer medizinischer Einrichtungen und Sanitätsstationen wurden im ganzen Land errichtet. In der Landwirtschaft wurden über 45.000 Hektar Land bewässert und 30.000 Pflüge an die GRPSM geliefert, während der Bau des *Encadrement*-Systems und der Saisonschulen bis Ende 1965 weitgehend abgeschlossen war.²⁰



Pläne der FDJ und der JUS-RDA für den Bau des "Camp Somo", eines GRPSM in der Nähe der Stadt Ségou. Die erste Freundschaftsbrigade der FDJ wird 1967 durch eine zweite mit neuer Ausrüstung abgelöst.

Diese Gewinne blieben jedoch hinter dem ambitionierten Fünfjahresplan der US-RDA zurück. Während die Produktion von Baumwolle, Mais und Erdnüssen zunahm, stagnierte die Produktion von Subsistenzkulturen (Reis) oder ging sogar zurück (Hirse).²¹ Die *Action* hatte mit mehreren praktischen und politischen Herausforderungen zu kämpfen. Der radikalere Flügel der US-RDA strebte eine allmähliche Umwandlung der auf Subsistenz

¹⁹ Rodney, *How Europe Underdeveloped Africa* und *Argumente und Tatsachen, Zur Entwicklung der afrikanischen Parteien*

²⁰ Ernst, *Tradition und Fortschritt im afrikanischen Dorf*.

²¹ Ibid.

basierenden Dörfer in moderne warenproduzierende Genossenschaften an, die, wenn sie in ein breiteres System staatlicher Planung integriert würden, die industrielle Entwicklung auf nationaler Ebene finanzieren könnten. Rechte und zentristische Elemente in der Partei traten jedoch für eine Wiederbelebung „traditioneller“ dörflicher Strukturen ein, die durch den Kolonialismus deformiert worden waren. Ähnlich wie andere agrarsozialistische Bewegungen (wie etwa die Narodniks im Russland des 19. Jahrhunderts) idealisierte diese Tendenz die Dorfgemeinschaft aus der vorkolonialen Zeit. Sie plädierten für eine Rehabilitierung „traditioneller Werte und Normen“, um das „innere Bedürfnis der Bauern nach Fortschritt“ wieder zu wecken, und reduzierten die sozialistische Transformation auf dem Lande auf eine Art „psychologische Revolution“ unter den Dorfbewohnern.²² Diese unterschiedlichen Auffassungen innerhalb der Partei führten dazu, dass die *Action rurale* auf lokaler Ebene nicht einheitlich umgesetzt wurde.²³ Während in einigen Dörfern neuartige demokratische Entscheidungsstrukturen geschaffen wurden, versuchten die Beamten in anderen Regionen lediglich, die Dörfer zu „entkolonialisieren“, was unbeabsichtigt die patriarchalischen Verhältnisse und die quasi-feudale Aristokratie aus der vorkolonialen Zeit stärkte oder manchmal sogar wiederbelebte - genau die Kräfte, die sich der Idee einer sozialistischen Transformation am stärksten widersetzen.

Die größten Probleme, die die malische Wirtschaft lähmten, waren jedoch externen Ursprungs. Der US-RDA war es zwar gelungen, ausländische Konzerne vom heimischen Agrarmarkt zu verdrängen und damit den direkten Abfluss des Nationalprodukts zu stoppen, aber malische Waren waren weiterhin den Preisen auf dem kapitalistischen Weltmarkt ausgeliefert. Die Kosten für den Transport der Waren über die Landesgrenzen zu den Häfen in Senegal und Guinea sowie die Subventionsregelungen für Baumwolle in Europa und den Vereinigten Staaten machten es fast unmöglich, rentabel zu arbeiten. Der ungleiche Austausch verkörperte in Mali „die versteckte Hand des Neokolonialismus“ (Nkrumah). Doch Frankreich war dreist genug, auch eine sichtbarere Hand zu benutzen, indem es sich in die Benzinlieferungen einmischte und die senegalesische Regierung unter Druck setzte, um Hindernisse auf den Transitstrecken nach Dakar zu errichten.²⁴ Da sich die Handelsbedingungen Jahr für Jahr verschlechterten, stieg das malische Defizit immer weiter an. Lokale Händler begannen sich zu bereichern, indem sie die staatliche Handelsgesellschaft umgingen und Waren über die senegalesische Grenze schmuggelten. Nachdem es der Regierung Keïta nicht gelungen war, diesen wachsenden Schwarzmarkt wirksam zu bekämpfen, griff sie 1965 zu Lohnkürzungen und Preiserhöhungen.

Als Mitte der 1960er Jahre die wirtschaftlichen Probleme zunahmen, wandte sich Keïta wiederholt an die sozialistischen Staaten mit der Bitte um mehr Unterstützung. Trotz zahlreicher Bemühungen gelang es der DDR nicht, Handelsbeziehungen zu Mali aufzubauen; die Ursache des Problems lag „in der Enge der Exportstruktur Malis und in den über dem Weltmarktpreis liegenden malinesischen Preisforderungen“.²⁵ Was die materielle Hilfe anbelangt, so konnte die Sowjetunion Mali zwischen 1960 und 1967 Kredite im Wert von rund 68 Millionen US-Dollar gewähren. Gemeinsam mit der ČSSR konzentrierten sich die Sowjets auf Ausbildungsprogramme für malische Fachkräfte und Kader, die Erschließung

²² *Colloque sur les politiques de développement et les diverses voies africaines vers le socialisme* (Dakar: 1962), zitiert in Ernst, *Tradition und Fortschritt im afrikanischen Dorf*, 45.

²³ Ernst, *Tradition und Fortschritt im afrikanischen Dorf*, 109-113.

²⁴ Diese Informationen wurden im Mai 1966 von Präsident Keïta und Mahamane Alassane Haïdara (dem Präsidenten der Nationalversammlung) an eine DDR-Delegation weitergegeben (DY 30/98103).

²⁵ DY 30/98102.

von Bodenschätzen und den Ausbau der Luftfahrt.²⁶ Bis Ende 1968 hatte China Mali außerdem rund 30 Millionen US-Dollar geliehen und Hunderte von Experten entsandt, um malische Studenten auszubilden, wobei der Schwerpunkt auf der landwirtschaftlichen Ausbildung lag.²⁷ Was Mali jedoch dringend brauchte, waren starke Handelspartner, die Waren zu Preisen kaufen konnten, die über denen des imperialistischen Weltmarktes lagen. Ohne einen kontinuierlichen Strom von Einnahmen aus Agrarexporten wäre die *Option Socialiste* zum Scheitern verurteilt.²⁸

Die Lage in Mali spitzte sich im Februar 1966 zu, nachdem ein konterrevolutionärer Putsch die sozialistisch-orientierte Regierung Nkrumahs in Ghana gestürzt hatte. Die malische Nationalversammlung war sich der Gefahren bewusst, die von der innenpolitischen Instabilität ausgingen, und beschloss einen Monat später, einem *Comité National de Défense de la Révolution* außerordentliche Vollmachten zu erteilen.

Fragen der politischen Organisation - Nationale Volksfront oder Vorhutpartei?

Mit der Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage verschärfen sich die internen Spaltungen innerhalb der US-RDA. Der rechte Flügel der Partei, der sich weitgehend auf die aufstrebende Handelsklasse und die Verwaltungsbürokraten stützte, ging in die Offensive und begann mit Frankreich über ein Finanzabkommen zu verhandeln, das die Wiederaufnahme Malis in die CFA-Franc-Zone ermöglichen sollte. Die Befürworter behaupteten, das Abkommen würde dazu beitragen, den Handel mit den Nachbarländern anzukurbeln, doch die Gegner argumentierten, es bedeute das Ende der *option socialiste*, da es die staatliche Kontrolle über den Handel aushöhlen und Frankreich eine dominante Rolle in der Wirtschaft verschaffen würde. Angetrieben von der Jugend in der JUS-RDA und den Arbeitern in der UNTM machte der linke Flügel der Partei korrupte Funktionäre und deren halbherzige Umsetzung der revolutionären Politik für die Wirtschaftskrise verantwortlich. Sie begannen, die Entwicklung einer Avantgardepartei zu fordern, die sich - mit strengerer Disziplin und größerer Aktionseinheit - besser gegen das feindliche Umfeld behaupten sollte.²⁹

²⁶ Helmut Strizek, "Mali zwischen Moskau und Peking — vor und nach dem „Sozialismus“", *Osteuropa* 26, no. 4 (April 1976) und DY 30/98101.

²⁷ Obwohl westliche Analysten die Spannungen zwischen den sowjetischen und chinesischen Aktivitäten in Afrika während dieses Zeitraums gerne betonen, wird dem Thema in internen Berichten der SED und des Außenministeriums (MfAA) kaum Aufmerksamkeit geschenkt. Der Einfluss der KPCh auf die US-RDA wurde zwar von DDR-Vertretern in Mali beobachtet, doch erscheinen ihre Erkenntnisse nur als Randnotizen in Berichten, die sich mit allgemeineren politischen oder wirtschaftlichen Entwicklungen befassen. So spielte der Leiter der DDR-Handelsmission in Bamako im September 1967 die Bedrohung durch "ultralinke Kräfte" (d. h. Maoisten) ausdrücklich herunter: „Die Hauptgefahr für die fortschrittliche Entwicklung Malis geht jedoch gegenwärtig von den rechten Kräften aus. Anders eingeschätzt heißt, die gegenwärtige Situation auf den Kopf zu stellen.“ (DY 30/98101)

²⁸ In den Jahren 1964-65 importierten die sozialistischen Staaten etwa 43 Prozent der malischen Exporte, waren aber nicht in der Lage, die Beziehungen Malis zu seinem ehemaligen Kolonialherrscher und der wirtschaftlich stärkeren EWG zu ersetzen. M. Touron, "Le Mali, 1960-1968. Exporter la Guerre froide dans le pré carré français", *Bulletin de l'Institut Pierre Renouvin* 2017/1, no. 45 (2017).

²⁹ Mehrere Mitglieder des Politbüros der US-RDA, die zum 7. Parteitag der SED im April 1967 nach Berlin reisten, berichteten den DDR-Funktionären von internen Streitigkeiten innerhalb der Parteiführung (DY 30/98100).

Mitte der 1960er Jahre wurde die Frage der Vorhutpartei vor dem Hintergrund ähnlicher Herausforderungen auf dem gesamten Kontinent zu einem Streitpunkt unter den kommunistischen und fortschrittlichen Kräften in Afrika. Ende Oktober 1966 wurde von der theoretischen Zeitschrift *Probleme des Friedens und des Sozialismus* und der ägyptischen Zeitschrift *Al Tali'a* eine Konferenz mit dem Titel „Afrika – nationale und soziale Revolution“ organisiert. Politiker und Theoretiker aus 25 afrikanischen Parteien und Organisationen kamen in Kairo zusammen, um die Situation der antiimperialistischen Kräfte in Afrika zu erörtern. Von zentraler Bedeutung war der Militärputsch in Ghana nur acht Monate zuvor. Lutfi Al Kholi, einer der Chefredakteure von *Al Tali'a*, hob hervor, wie von den Briten ausgebildete Offiziere des ghanaischen Militärs die wirtschaftliche Instabilität des Landes ausgenutzt und im Interesse der imperialistischen Mächte gehandelt hatten.³⁰ Es wäre jedoch eine „Selbsttäuschung, anzunehmen, dass eine imperialistische Intrige allein die Hauptursache für den Staatsstreich war“, argumentierte er. Nkrumahs Regierungspartei sei letztlich nicht in der Lage gewesen, den Widerstand zu organisieren, weil sie „ein Schiff blieb, das auf der Oberfläche der Gesellschaft schwamm, bestehend aus einer Gruppe von revolutionären Intellektuellen und Stadtbewohnern“, denen es „nicht gelang, die Masse des Volkes auf dem Lande zu erreichen, die Massen allgemein aufzuklären und zu sammeln, ihr Interesse an der Revolution wirklich zu wecken“. Tigani Babiker von der Sudanesischen Kommunistischen Partei stimmte dem zu: „Konfuse und unorganisierte Massen könnten einen bewaffneten Putsch nicht aus eigener Kraft bewältigen und besiegen. Dazu wäre eine kämpferische revolutionäre Avantgardepartei erforderlich gewesen.“³¹ Eine solche Partei wäre in der Lage, „eine solide Grundlage für politische Stabilität zu schaffen, indem sie eine enge Verbindung zwischen fortschrittlichen Regierungen und dem Volk gewährleistet“, wie der senegalesische Marxist Thierno Amath argumentierte.³²

³⁰ *Probleme des Friedens und des Sozialismus*, iss. 01, 1967.

³¹ *Probleme des Friedens und des Sozialismus*, iss. 01, 1967.

³² PFS, 1966, iss. 08



Eine Karte der Zeitschrift *Probleme des Friedens und des Sozialismus* veranschaulicht den Stand der sozialen Revolution in Afrika Ende 1966.

Der malische Vertreter in Kairo war Idrissa Diarra, der damalige politische Sekretär der US-RDA und wichtigste Führer des rechten Flügels der Partei. Diarra widersprach denjenigen in seiner Partei und auf der Konferenz, die die Notwendigkeit einer Avantgardepartei in der zweiten Phase der nationalen Befreiung behaupteten. Seiner Ansicht nach bedeutete die spezifische historische Entwicklung Afrikas, dass antiimperialistische Volksfronten in der Lage waren, den Sozialismus auf dem Kontinent aufzubauen.³³ Er argumentierte, dass in Afrika am Ende der Kolonialzeit keine großen klassenbasierten Parteien entstanden seien, weil erstens die Ausbeutung durch das Ausland den Prozess der Klassendifferenzierung gehemmt habe und zweitens alle sozialen Gruppen

³³ See Idrissa Diarra in *Probleme des Friedens und des Sozialismus*, iss. 01, 1967.

in ihrer Ablehnung des Imperialismus geeint seien. So kam es, dass Massenparteien, die klassenübergreifende Fronten vertraten, den antikolonialen Kampf anführten.

„Am Ende der Kolonialherrschaft war die Situation für die soziale Differenzierung zwar günstiger geworden, aber es wäre falsch zu behaupten, dass die Gesellschaft bereits in antagonistische Klassen gespalten ist. Die Widersprüche und sozialen Unterschiede sind nicht stark genug ausgeprägt, um das allgemeine Gefühl der Solidarität, das die Mitglieder der afrikanischen Gesellschaft verbindet, zu beseitigen.“

Während die afrikanischen Staaten, die sich dafür entschieden hatten, „ausländisches und einheimisches Privatkapital“ zu fördern, unbeabsichtigt die Klassenwidersprüche verschärften und damit die Entstehung einer Avantgardepartei unvermeidlich machten, argumentierte Diarra, dass die nationaldemokratischen Staaten, die den sozialistischen Aufbau anstrebten, bereits dabei waren, „die grundlegenden Widersprüche“ in der Gesellschaft zu überwinden.

„Die Vergesellschaftung der Produktions- und Zirkulationsmittel hat die Zahl der Beschäftigten im staatlichen Sektor erhöht, die die natürlichen Unterstützer und Verteidiger der sozialistischen Orientierung der Partei sind. Während die sozialistische Orientierung anfangs hauptsächlich auf Willensfaktoren beruhte, verbreiteten spätere strukturelle Veränderungen im Bereich der Wirtschaft mehr und mehr die objektive Basis des Kampfes für die sozialistische Entwicklung. Parallel dazu wird die objektive Basis der Kräfte, die sich gegen die sozialistische Orientierung der Partei stellen, immer schmaler.“³⁴

Diarras Position war umstritten, sowohl in seiner eigenen Partei als auch in der internationalen Bewegung. Als eine Delegation linker Politbüromitglieder der US-RDA einige Monate später, im April 1967, nach Berlin reiste, erklärten sie den SED-Funktionären, dass die Partei in der Frage der Vorhut gespalten sei. Sie bezeichneten Diarras Beitrag auf der Kairoer Konferenz als „Ausdruck seiner persönlichen Ansichten, nicht der des Politbüros“.³⁵ Sie berichteten jedoch, dass viele Mitglieder befürchteten, die Schaffung einer Vorhutpartei würde „die Einheit des Landes“ gefährden und einige derjenigen, die für die Unabhängigkeit gekämpft hatten, entfremden. Der linke Flügel zog es daher vor, „die avantgardistischen Kräfte innerhalb der Partei“ zu stärken, um „die Partei von innen heraus vorwärts zu entwickeln.“

Während sich das sozialistische Lager zu diesen Organisationsfragen in westafrikanischen Massenparteien damals nicht öffentlich äußerte, widersprachen Diarras Ansichten eindeutig dem marxistisch-leninistischen Verständnis von nationaler Befreiung

³⁴ Vier Jahre zuvor hatte sich S. B. Kouyaté von der US-RDA-Führung ähnlich geäußert: „Zusammenfassend können wir sagen, dass der sozialistische Weg, den wir gewählt haben, auf zwei grundlegenden Punkten berührt: 1) ein Sozialismus, der durch eine Bewegung errichtet wird, die nicht durch hauptsächlich proletarische Kräfte geführt wird ... 2) und als logische Folge des ersten Punktes meinen wir, dass der Sozialismus ohne eine kommunistische Partei realisiert werden kann. Wir sind der Meinung, dass die politische Organisation des Volkes, als Motor der Nation betrachtet, das Land zum Sozialismus führen kann.“ Zitiert in Ernst, *Tradition und Fortschritt im afrikanischen Dorf*, 32.

³⁵ DY 30/98100.

und Sozialismus, denn sie überschätzten „das Potenzial einer nationaldemokratischen Massenpartei und ihrer kleinbürgerlichen Führung“ und unterschätzten gleichzeitig „die soziale Differenzierung und den Klassenkampf“.³⁶ Der guyanische Marxist Walter Rodney hatte das gleiche Problem in einigen afrikanischen Massenparteien zu dieser Zeit festgestellt.³⁷ Für die Kommunisten würde sich der Klassenkampf in der zweiten Phase der nationalen Befreiung notwendigerweise verschärfen, und es wäre die Aufgabe der Arbeiterklasse, die Hegemonie in der nationalen Bewegung zu erlangen.³⁸ Nkrumah kam bei kritischer Reflexion in einer seiner letzten Schriften, *Class Struggle in Africa* aus dem Jahr 1970, zu einem ähnlichen Schluss.³⁹

Trotz dieser ideologischen Gegensätze unterstützten die sozialistischen Staaten weiterhin Parteien wie die US-RDA. Eine offene Kritik an diesen Tendenzen hätte die fortschrittlichen Regierungen in Afrika untergraben, und außerdem ging man davon aus, dass die Dynamik des national-demokratischen Prozesses zwangsläufig leninistische Parteien hervorbringen würde, die zum sozialistischen Aufbau fähig sind, wie es in Kuba geschehen war. Anfang 1967 kam die SED zu dem Schluss, dass bei der künftigen Zusammenarbeit besonderes Augenmerk auf die Stärkung der „fortschrittlichen Kräfte innerhalb der US-RDA“ gelegt werden sollte, um so zur Festigung des „nichtkapitalistischen Entwicklungsweges Malis“ beizutragen.⁴⁰ Die in der UdSSR, der ČSSR und Bulgarien bereits laufenden Programme zur Kaderausbildung sollten auf die Mongolei und den Bau einer Parteischule für die US-RDA in Bamako ausgeweitet werden.

Die "Revolution active" und der Novemberputsch

Das Finanzabkommen mit Frankreich wurde im Februar 1967 vorläufig genehmigt. Die erste Phase der Umsetzung folgte kurz darauf, was sich für die ohnehin instabile malische Wirtschaft als fatal erwies. In den folgenden drei Monaten sank der Wert der malischen Währung um 50 Prozent.⁴¹ Unruhen begannen die Städte zu erschüttern, als große Demonstrationen Maßnahmen gegen die „bürokratische Bourgeoisie“ forderten, die

³⁶ Diese Einschätzung der Ansichten von Diarra und Kouyaté stammt von Ernst, *Tradition und Fortschritt im afrikanischen Dorf*, aus dem Jahr 1973, fünf Jahre nach dem Putsch gegen die US-RDA.

³⁷ Walter Rodney, *Decolonial Marxism*, (London: Verso Books, 2022), 47-49, 68-69, 284-285.

³⁸ So schrieb der führende sowjetische Theoretiker R.A. Uljanowski im Jahr 1970: "Wie die Verwandlung der nationaldemokratischen Parteien in Parteien des wissenschaftlichen Sozialismus erfolgen wird, wie und wann die marxistisch-leninistischen Parteien dort, wo es sie nicht gibt, entstehen werden – davon zu sprechen wäre verfrüht. Unbestreitbar ist lediglich, dass die allmähliche Abkehr vom Kapitalismus im Prozess des antiimperialistischen und antifeudalen Kampfes in der nationaldemokratischen Etappe der Revolution unter der Führung der revolutionären Demokratie begonnen werden kann, aber der siegreiche Abschluss dieses Prozesses und der Übergang zum sozialistischen Aufbau und später die Gewährleistung des vollen Sieges des Sozialismus sind unmöglich ohne die Partei des wissenschaftlichen Sozialismus, ohne die Führung der Arbeiterklasse." in *Probleme des Friedens und des Sozialismus*, 1970, iss. 06. Dies ist im Wesentlichen die gleiche Schlussfolgerung, zu der Rodney (2022) gelangt.

³⁹ "Die Welle von Militärputschen in Afrika offenbart den Mangel an sozialistischer revolutionärer Organisation, die Notwendigkeit der Schaffung einer gesamtafrikanischen Avantgardepartei der Arbeiterklasse und die Schaffung einer gesamtafrikanischen Volksarmee und -miliz. Der sozialistische revolutionäre Kampf, sei es in Form von politischen, wirtschaftlichen oder militärischen Aktionen, kann letztlich nur wirksam sein, wenn er organisiert ist und seine Wurzeln im Klassenkampf der Arbeiter und Bauern hat." Kwame Nkrumah, *Class Struggle in Africa* (London: Panaf Books, 1970), 54.

⁴⁰ DY 30/98100.

⁴¹ Diese Zahl wird in DY 30/98105 angegeben und in Pierre Boilley, *Encyclopedia of African History*, Routledge, 2013, bestätigt.

sich im Staatsapparat herausgebildet hatte. Die JUS-RDA, die sich teilweise von der chinesischen Kulturrevolution inspirieren ließ, leitete Aktionen zur Bekämpfung korrupter Regierungsbeamter und zur Erneuerung der Partei ein. Die Ereignisse kulminierten am 22. August 1967, als Keita die „*Revolution aktiv*“ verkündete: Das Politbüro der US-RDA wurde aufgelöst und das *Comité National de Défense de la Révolution* (CNDR) übernahm seine Aufgaben. Die Nationalversammlung löste sich fünf Monate später, im Januar 1968, selbst auf und wurde durch eine provisorische Versammlung aus linken Vertretern ersetzt.⁴² Idrissa Diarra und seine Verbündeten wurden auf diese Weise aus der Führung entfernt, doch viele untergeordnete Partei- und Staatsämter wurden weiterhin von der bürokratischen Bourgeoisie besetzt.



Slogans der „*revolution aktive*“, die am 22. August 1967 eingeleitet wurde: "Zurück zu den Wurzeln - Sieg für das Volk"

Madeira Keita, der malische Justizminister, übernahm die Führung der progressiven Kräfte in der CNDR. Im Juli 1968 hielt Keita eine wichtige Rede, in der er die Entwicklung Malis seit 1960 analysierte.⁴³ Er wies die von Diarra in Kairo vertretene Position zurück und argumentierte, dass sich nach der Unabhängigkeit Malis tatsächlich antagonistische gesellschaftliche Kräfte herausgebildet hätten. Die „*gegensätzlichen politischen Ziele*“ dieser Gruppen hätten 1966/67 zu einer politischen Krise geführt. Mit Hilfe von „*Massenaktionen der Jugend und der Gewerkschaften*“ sei es den fortschrittlichen Kräften gelungen, die Initiative zurückzugewinnen und einen Putsch der Rechten abzuwenden, aber diese Gefahr bestehe in Mali noch immer. Der linke Flügel der Partei ist zu der Erkenntnis gelangt, dass es notwendig ist, „*die US-RDA und den Staatsapparat von innen heraus von Organen, denen alle sozialen Schichten des Volkes angehörten, zu Institutionen der avantgardistische Kräfte umzuformen.*“ Die Auflösung des Politbüros und der Nationalversammlung markierte den Beginn dieses Prozesses, der jedoch bei weitem nicht abgeschlossen ist. Abschließend wies Keita erneut auf die Dringlichkeit hin, die landwirtschaftliche Produktivität zu steigern, und warnte davor, dass die Partei die „*Zählebigkeit alter afrikanischer Traditionen*“ in den Dörfern unterschätzt habe. Im gleichen Sinne kam ein Seminar über die *Action rurale* im Mai 1968 zu dem Schluss, dass die „*patriarchalische Gerontokratie*“ und die „*theokratisch-*

⁴² Diese Entwicklungen wurden vom Leiter der DDR-Handelsmission in Bamako genau beobachtet, der monatlich detaillierte Berichte an das MfAA in Berlin sandte (DY 30/98101 und DY 30/98105).

⁴³ Die Rede ist in einem internen Bericht der Handelsmission an das MfAA (DY 30/98105) ausführlich dokumentiert.

feudalen Elemente“ in den Dörfern stark unterschätzt wurden, während das revolutionäre Potenzial der ausgebeuteten Gruppen (der ärmeren Familien, der Jugend und der Frauen) nicht ausreichend genutzt wurde.⁴⁴



Madeira Keita mit Che Guevara in Bamako (Dezember 1964)

Dieser Linksruck der US-RDA ist auch in der Außenpolitik der Regierung zu erkennen. Im März 1968 reiste der malische Handelsminister nach Berlin und teilte den SED-Funktionären mit, dass „die Zeit reif ist für eine Normalisierung der Beziehungen und die volle diplomatische Anerkennung der DDR“.⁴⁵ Dies war eine Entwicklung, auf die die DDR seit langem hingearbeitet hatte, die aber angesichts des Zögerns Malis, die Beziehungen zu Westdeutschland zu verlieren, das damit drohte, die Beziehungen zu jedem Staat, der die DDR anerkennt, abubrechen (siehe Hallstein-Doktrin), kaum Fortschritte machte. Die Vertreter der US-RDA erklärten zwar, dass Mali nun zu diesem Schritt bereit sei, betonten aber, dass die sozialistischen Staaten ihre Hilfe verstärken müssten, wenn die nichtkapitalistische Entwicklung gelingen solle. Als Präsident Keita im Juli 1968 mit dem Leiter der Handelsmission der DDR in Bamako zusammentraf, beklagte er das Finanzabkommen mit Frankreich und bezeichnete es als einen bitteren Rückzug, der notwendig geworden sei, weil die sozialistischen Staaten nicht ausreichend Unterstützung

⁴⁴ Zitiert in Ernst, *Tradition und Fortschritt im afrikanischen Dorf*.

⁴⁵ DY 30/98102.

geleistet hätten.⁴⁶ Doch trotz seiner anhaltenden Frustration mit dem sozialistischen Lager positionierte sich Keita einen Monat später eindeutig, als Mali im August 1968 als einziger afrikanischer Staat die Intervention der UdSSR in der ČSSR ausdrücklich unterstützte.⁴⁷ Entgegen ihren Verbündeten in Jugoslawien und Ägypten weigerte sich die US-RDA daraufhin, an der nächsten Konferenz der Bewegung der Blockfreien teilzunehmen.

Die *Revolution active* war im Wesentlichen das, was die kommunistische Bewegung vorausgesehen hatte; die Widersprüche in und um die US-RDA hatten sie gezwungen, eine klarere ideologische Position einzunehmen. Die verbliebenen Führer sprachen nicht mehr von der „Einheit des Landes“, sondern wetterten gegen die „reaktionären Kräfte, die Verbindungen zum kapitalistischen Ausland haben“.⁴⁸ Sie wandten sich an die Arbeiter- und Jugendbewegung um Unterstützung. Eine Volksmiliz erhielt besondere Befugnisse gegenüber allen anderen Machtorganen, um die Konterrevolution abzuwehren.⁴⁹ Außerhalb der städtischen Zentren konzentrierte sich die Masse der Landbevölkerung jedoch auf die katastrophale wirtschaftliche Lage, die keine Anzeichen für eine Verbesserung aufwies. Berichten zufolge nahmen die meisten Malier die politischen Entwicklungen in den Städten gleichgültig zur Kenntnis.⁵⁰ Erschwerend kam hinzu, dass sich die Volksmiliz als anfällig für Exzesse erwies, was einige einstige Unterstützer der US-RDA weiter verprellte.

Der fatale Schlag gegen die Partei kam Ende 1968. Wie in Ghana war auch in Mali das Militär lange Zeit eine Bastion pro-imperialistischer Einstellungen gewesen. Viele Offiziere waren im kolonialen „Mutterland“ ausgebildet worden. Sie hatten die Präsidentschaft Keitas zwar toleriert, waren aber meist für eine engere Bindung an Frankreich. Der Aufstieg der Volksmiliz während der *revolution active* verärgerte auch viele Offiziere, da sie die Auflösung der Armee befürchteten. Nach einer gewaltsamen Auseinandersetzung zwischen Milizionären und Armeeeoffizieren am Abend des 18. November 1968 kam es zu einem Überraschungsputsch durch eine Gruppe von Offizieren. Die Hauptquartiere der Volksmiliz, der UNTM und der JUS-RDA wurden rasch umstellt und neutralisiert, um die regierungsfreundlichen Kräfte zu desorientieren. Keita wurde zusammen mit seinen Ministern, darunter Madeira Keita, verhaftet, und der Radiosender von Bamako begann mit der Ausstrahlung von Nachrichten zur Unterstützung des Putsches: „Es lebe die individuelle Freiheit, es lebe die Republik. Nieder mit der Miliz. Schluss mit dem sogenannten Sozialismus. Lang lebe die Armee.“⁵¹ Die Händler und Kleinunternehmer sahen ihre Stunde gekommen und stellten sich hinter das Militär. Die Landbevölkerung blieb weitgehend passiv.

Der Anführer der verschwörerischen Offiziere - des selbsternannten „Militärischen Komitees für die nationale Befreiung“ - war Leutnant Moussa Traoré, der kurz zuvor von

⁴⁶ DY 30/98102.

⁴⁷ Die Unterstützungserklärung Malis wurde vom CNDR und separat von den Gewerkschaftern der UNTM angenommen (DY 30/98105). Madeira Keita hatte die DDR und die ČSSR im Juli/August desselben Jahres besucht und kannte daher die Situation in Prag gut. Die Bedeutung dieses Schrittes sollte nicht unterschätzt werden, denn die US-RDA positionierte sich als enger Verbündeter der Staaten des Warschauer Vertrages und widersprach somit der Position ihrer Verbündeten in China, Jugoslawien, der PCF und mehreren progressiven Staaten in Afrika.

⁴⁸ DY 30/98103.

⁴⁹ Interessanterweise wandte sich die UNTM sogar an die SED und bat um Hilfe bei der Organisation bewaffneter Arbeiterbrigaden nach dem Vorbild der "Kampfgruppen der Arbeiterklasse" der DDR (DY 30/98103).

⁵⁰ DY 30/98103.

⁵¹ DY 30/98105.

einem langen Besuch in Paris, angeblich aus gesundheitlichen Gründen, nach Mali zurückgekehrt war. Obwohl die französischen Vertreter in Bamako vom Novemberputsch überrascht zu sein schienen, kursierten Gerüchte, dass die Franzosen seit langem mit mehreren Offizieren in Kontakt standen, sich aber noch nicht auf ein Datum für ein Vorgehen gegen die US-RDA geeinigt hatten.⁵² Nach dem Putsch versprach Traoré Neuwahlen in den kommenden Monaten, und bezeichnenderweise wurden die rechtsgerichteten Vertreter, die das Finanzabkommen mit Frankreich vor ihrer Entlassung aus der US-RDA ausgehandelt hatten, nun wieder als Minister in die neue provisorische Regierung eingesetzt. Alle anderen politischen Aktivitäten - einschließlich derjenigen der US-RDA und ihrer Massenorganisationen - wurden gänzlich untersagt. Die versprochenen Wahlen fanden nie statt, und Traoré blieb an der Macht, bis er 1991 gestürzt wurde. Modibo Keita starb 1977 als Gefangener unter verdächtigen Umständen, woraufhin Tausende zur Beerdigung des ehemaligen Präsidenten strömten, bevor sie von Traorés Truppen gewaltsam auseinandergetrieben wurden.

Ein Erbe zum Studieren

Der Staatsstreich von 1968 setzte der nicht-kapitalistischen Entwicklung Malis somit ein abruptes Ende, wie es zwei Jahre zuvor in Ghana geschehen war. Die DDR und andere sozialistische Staaten setzten ihre Beziehungen zum Traoré-Regime fort, vor allem in der Hoffnung, die Errungenschaften zu bewahren und dem Einfluss der imperialistischen Staaten entgegenzuwirken, aber es herrschte Uneinigkeit über die Aussichten für die künftige Entwicklung Malis unter der Militärherrschaft.⁵³ Während einige Historiker wie C. Mährdel eher vage Vorstellungen darüber hegten, dass „der herrschende politische Kreis“ in Mali „den Weg zu einer revolutionären Demokratie beschreiten könnte“, waren andere wie der französische Kommunist J. Suret-Canale davon überzeugt, dass Mali „erneut unter imperialistische Vormundschaft geraten“ sei.⁵⁴ Die letztere Einschätzung hat sich als richtig erwiesen.

Es wäre jedoch zu einfach, aus solchen Putschen zu schließen, dass die Strategien des nichtkapitalistischen Entwicklungswegs und der nationalen Demokratie untauglich waren. Zwar erwiesen sich die objektiven und subjektiven Schwierigkeiten in Mali als größer, als die kommunistische Bewegung und die US-RDA ursprünglich erwartet hatten, doch gibt es mehrere Staaten, in denen diese Strategien den Weg zum Sozialismus gebahnt

⁵² DY 30/98105.

⁵³ Eine detaillierte Einschätzung des Leiters der DDR-Handelsmission nach dem Putsch wurde dem MfAA im Januar 1969 übergeben (DY 30-98105).

Interessanterweise konnte die FDJ-Brigade, die zum Zeitpunkt des Putsches vor Ort war, eine deutlichere Analyse liefern, die sich im Nachhinein als zutreffend erwies: "Erkennen lässt sich aus den ersten Erklärungen der neuen Staatsmacht, dass mit dem 19.11. ein Ruck nach rechts erfolgt ist und dass diese Entwicklung anhalten wird. Diese Entwicklung wird nicht schlagartig einsetzen, das können sich die neuen Leute nicht leisten, dazu ist der Gedanke des Sozialismus schon zu tief verwurzelt. Wir werden es bestimmt mit einer Spielart des Pseudosozialismus zu tun bekommen. ... Klar ersichtlich wird [aus dem Wirtschaftsprogramm von Traoure], dass dem ausländischen Kapital Tür und Tor Malis geöffnet wurde. Den einheimischen Händlern und Unternehmern wurde "grünes Licht" gegeben. (DY 30/98102).

⁵⁴ C. Mährdel, *Afrikanische Parteien im revolutionären Befreiungskampf*, (Berlin: Staatsverlag der DDR, 1977), 14. Und Suret-Canale, "Die Bedeutung der Tradition in den westafrikanischen Gesellschaftsordnungen", 136.

haben.⁵⁵ Um dies zu verstehen, ist es hilfreich, sich an die Ursprünge dieser Konzepte zu erinnern. Eine nichtkapitalistische Entwicklung wurde erstmals auf dem Zweiten Weltkongress der Komintern 1920 angedeutet, und aus dieser ersten Bemerkung geht klar hervor, dass diese Strategie einen starken sozialistischen Gegenpol zum Imperialismus voraussetzte:

„Die Frage lautete: Ist die Behauptung richtig, dass das kapitalistische Stadium der wirtschaftlichen Entwicklung für die rückständigen Nationen, die sich auf dem Weg zur Emanzipation befinden und bei denen seit dem Krieg ein gewisser Fortschritt zu beobachten ist, unvermeidlich ist? Wir haben diese Frage verneint. Wenn das siegreiche revolutionäre Proletariat unter ihnen eine systematische Propaganda betreibt und **die Sowjetregierungen ihnen mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln zu Hilfe kommen** - dann ist es ein Irrtum anzunehmen, dass die rückständigen Völker zwangsläufig die kapitalistische Entwicklungsstufe durchlaufen müssen. Man sollte nicht nur in den Kolonien und den rückständigen Ländern selbständige Kontingente von Kämpfern und Parteiorganisationen schaffen, nicht nur sofort die Propaganda für die Organisation von Bauernsowjets in Gang setzen und deren Anpassung an die vorkapitalistischen Verhältnisse anstreben, sondern die Kommunistische Internationale sollte mit der entsprechenden theoretischen Begründung die These vertreten, dass die rückständigen Länder **mit Hilfe des Proletariats der fortgeschrittenen Länder** zum Sowjetsystem und über bestimmte Entwicklungsstufen zum Kommunismus übergehen können, ohne die kapitalistische Stufe durchlaufen zu müssen.“⁵⁶ (Hervorhebung hinzugefügt)

Diese Prämisse wurde dann von den revolutionären Kräften in den neu befreiten Staaten aufgegriffen, wie Madeira Keita 1967 schrieb:

„Das Bewusstsein, dass es in der Welt die Sowjetunion und das sozialistische Lager gibt und dass wir mit ihrer Solidarität rechnen können, ermöglichte es uns, die marxistische Leitsatz zu begreifen, dass Völker, die keine Industrie, keine Infrastruktur, keine eigenen Kader und keine entwickelte nationale Bourgeoisie besitzen, nachdem sie die Ketten des Kolonialismus abgeworfen haben, die Entwicklungsetappe, in der sich diese Bourgeoisie formiert und ihre Herrschaft errichtet, umgehen können. Deshalb haben wir uns für den Weg der sozialistischen Entwicklung entschieden.“⁵⁷

Die Tragik der Entwicklung in Mali bestand jedoch darin, dass das sozialistische Lager trotz positiver politischer Entwicklungen innerhalb der US-RDA (am deutlichsten vertreten durch Madeira Keita selbst) letztlich nicht in der Lage war, wirtschaftliche Beziehungen zu Bamako in einem Umfang aufzubauen, der es aus neokolonialen Abhängigkeiten hätte befreien können. Dies wurde dadurch stark erschwert, dass die panafrikanischen Initiativen der frühen 1960er Jahre gescheitert waren; die Region war weiterhin zersplittert, und Mali

⁵⁵ Für die nationale Demokratie sind die naheliegenden Beispiele Kuba und China. Für die nichtkapitalistische Entwicklung siehe Mongolei und die zentralasiatischen Sowjetrepubliken.

⁵⁶ Lenin (1920), "Bericht der Kommission über die nationale und die koloniale Frage" in Der Zweite Kongress der Kommunistischen Internationale. <https://www.marxists.org/archive/lenin/works/1920/jul/x03.htm>

⁵⁷ Siehe Madeira Keita in *Probleme des Friedens und des Sozialismus*, 1967, iss. 11

blieb relativ isoliert. Bereits 1965 war klar, dass das Binnenland Mali, solange es den Preisen des imperialistischen Weltmarktes unterworfen war, nicht in der Lage sein würde, eine stabile Handelsbilanz aufrechtzuerhalten, geschweige denn das für die Industrialisierung notwendige Kapital zu akkumulieren. Die Tatsache, dass es der DDR - eine der leistungsstärksten Volkswirtschaften im sozialistischen Lager - nie gelungen ist, einen nennenswerten Handel mit Bamako aufzubauen, hätte mehr Anlass zur Sorge geben müssen, als es der Fall war. Solidaritätsprojekte und Ausbildungsprogramme waren zweifellos wichtig, aber was Mali brauchte, war ein stabiler Strom von Einnahmen. Trotz wiederholter Appelle der US-RDA-Führung war Berlin einfach nicht in der Lage, für malische Agrargüter mehr als die Marktpreise zu zahlen. Die DDR war zu dieser Zeit natürlich, wie die anderen sozialistischen Staaten auch, in ihre eigene (Re-)Industrialisierung und den harten Wettbewerb mit dem Westen verwickelt.

Die Befürworter einer nichtkapitalistischen Entwicklung hatten die Fähigkeiten des sozialistischen Lagers nach dem Zweiten Weltkrieg offensichtlich überschätzt, zumindest in Bezug auf Subsahara-Afrika. Die sowjetische Hilfe hatte es einigen feudalen Gesellschaften in Zentral- und Ostasien ermöglicht, die kapitalistische Entwicklungsetappe zu umgehen; diese Staaten waren direkt mit der sowjetischen Wirtschaft verbunden gewesen. Die Übertragung der Idee auf das zersplitterte Westafrika war eine anders dimensionierte Sache. Sie hätte sowohl einen viel stärkeren RGW (als sozialistische Alternative zum imperialistischen Weltmarkt) als auch ein umfangreiches internationales Infrastrukturprojekt erfordert, das in der Lage gewesen wäre, entfernte Binnenländer wie Mali mit den sozialistischen Staaten in Europa und Asien zu verbinden. Kommunistische Analysten begannen in den 1970er Jahren, diesen Punkt zu erkennen und zu diskutieren⁵⁸, und doch blieb der nichtkapitalistische Entwicklungsweg bis Mitte der 1980er Jahre eine Kernstrategie der Bewegung, bevor Gorbatschows „neues Denken“ durchgesetzt wurde. Ein Vergleich der Erfahrungen Malis mit denen anderer sozialistisch-orientierter Staaten wie Guinea, Ägypten/VAR, Mosambik, VR Kongo, DR Afghanistan usw. wird zu einem umfassenderen Verständnis der Möglichkeiten und Grenzen dieser Strategie im 20. Jahrhundert beitragen.

Auf politischer Ebene bestand der Kernpunkt der nationalen Befreiung darin, wie der unmittelbare Kampf gegen den Neokolonialismus mit dem langfristigen Kampf für den Sozialismus verbunden werden konnte. Wie kann die nationale Befreiung über die Grenzen einer bürgerlichen Revolution hinausgehen, wenn das Proletariat - das entscheidende revolutionäre Subjekt - nur in einer embryonalen Form existiert? Auf der Grundlage von Lenins *Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution* entwickelten die kommunistischen Parteien 1960 das Konzept des nationaldemokratischen Staates. Nach einem Jahrzehnt der Praxis erkannten die Analytiker die Komplexität dieses Prozesses und

⁵⁸ Die Grenzen dieser Strategie wurden beispielsweise von Suret-Canale ("Die Bedeutung der Tradition in den westafrikanischen Gesellschaftsordnungen", S.136) aufgezeigt, der drei grundlegende Widersprüche feststellte, die die nichtkapitalistische Entwicklung in Ghana und Mali behinderten: "Das Fortbestehen des neokolonialistischen Einflusses in den Nachbarstaaten, die relative Isolation der fortschrittlichen Regime und die geografische Entfernung zu den sozialistischen Ländern." In ähnlicher Weise kam der nigerianische Kommunist Tunji Otegbeye 1970 zu dem Schluss, dass die "Nähe [der neu befreiten Staaten] zum sozialistischen Weltlager" ein wichtiger wirtschaftlicher und politischer Faktor war, der ihren "Übergang zur sozialistischen Orientierung" bestimmte. (*Probleme des Friedens und des Sozialismus*, 1970, iss. 08). Nkrumah kam wie Otegbeye zu dem Schluss, dass die nichtkapitalistische Entwicklung lediglich als eine sehr kurze Übergangsphase und nicht als eigenständige gesellschaftliche Formation betrachtet werden darf (Nkrumah, *Class Struggle in Africa*, 38-39).

erkannten, dass die nationale Demokratie inhärent volatil war; sie verkörperte einen ständigen Kampf und war sowohl für schnelle Fortschritte als auch für drastische Rückschläge anfällig:

„Bekanntlich entwickelte die kommunistische Weltbewegung auf ihrer Beratung 1960 die Formel vom Staat der nationalen Demokratie als adäquaten Übergangstyp für den nichtkapitalistischen Entwicklungsweg. Der Staat der nationalen Demokratie als Instrument, aber gleichzeitig als Reflexion der komplizierten und widerspruchsvollen gesellschaftlichen Gesamtverhältnisse beinhaltet so objektiv ein Maß an Unfertigkeit, Bewegung und Dynamik, niedrige und höhere Entwicklungsstufen. In seinem Charakter, seiner Tätigkeit und den Formen und Methoden der Machtausübung widerspiegelt sich konzentriert der Grad der Klassenseinsetzung, der Anteil der einzelnen Klassen an der Macht. Mit der Formel vom Staat der nationalen Demokratie als Übergangstyp soll gerade diese widersprüchliche Bewegung auf der Grundlage des Klassenkampfes erfasst werden.“⁵⁹

Im malischen Kontext bestätigt die Entwicklung der Regierung Keita die Bedeutung des Klassenkampfes sowohl außerhalb als auch innerhalb der nationalen Bewegung. Dies zeigte sich nicht nur in der Frage der Avantgardepartei, sondern auch in der *Action rurale*, wo idealistische Vorstellungen bald anfangen, den Fortschritt auf dem Lande objektiv zu behindern.⁶⁰ Mit dem Fortschreiten ihrer politischen Projekte erkannten revolutionäre Demokraten wie Nkrumah und Keita die Fallstricke einer Vernachlässigung der Klassenanalyse. In Ghana kam diese Erkenntnis erst nach dem Staatsstreich, aber in seinen letzten Lebensjahren warnte Nkrumah vor klassenneutralen „Mythen wie dem ‚afrikanischen Sozialismus‘ und dem ‚pragmatischen Sozialismus‘“ (siehe Zitat in der Fußnote).⁶¹ In Mali hatte die US-RDA aus dem ghanaischen Putsch gelernt und wandte sich ab 1967 dem Leninismus zu und korrigierte ihre Politik, um die aufstrebende einheimische Bourgeoisie zurückzudrängen. Doch auch hier hatte der rechte Flügel der Partei in Zusammenarbeit mit dem Neokolonialismus bereits großen Schaden angerichtet (vor allem durch die verhängnisvollen Finanzabkommen mit Frankreich und die Untergrabung der *Action rurale*), bevor er ausgeschaltet wurde.

In den darauffolgenden Jahren erlangten viele Parteien mit einem klareren Verständnis des Klassenkampfes in ganz Afrika an Bedeutung (z. B. die MPLA in Angola, die

⁵⁹ Helmut Mardek, „Der Platz der Arbeiterklasse in den staatstheoretischen Vorstellungen der revolutionären Demokratie“ in *Nichtkapitalistischer Entwicklungsweg Aktuelle Probleme in Theorie und Praxis (Protokoll einer Konferenz)* (Berlin: Akademie-Verlag, 1973), 184.

⁶⁰ Die *Action rurale* wurde von dem DDR-Wissenschaftler Klaus Ernst in seinem 1973 erschienenen Buch eingehend analysiert. Es wurde ins Englische übersetzt und ist ein wertvolles Nachschlagewerk für alle, die sich für nichtkapitalistische Ansätze in der Landwirtschaft interessieren.

⁶¹ „Die Klassenunterschiede in der modernen afrikanischen Gesellschaft wurden in der Zeit vor der Unabhängigkeit bis zu einem gewissen Grad verwischt, als es den Anschein hatte, dass es eine nationale Einheit gab und alle Klassen ihre Kräfte vereinigten, um die Kolonialmacht zu vertreiben. Dies veranlasste einige zu der Behauptung, dass es in Afrika keine Klassenunterschiede gäbe und dass der Kollektivismus und der Egalitarismus der traditionellen afrikanischen Gesellschaft jede Vorstellung von einem Klassenkampf überflüssig mache. Dieser Irrtum wurde jedoch schon bald nach der Unabhängigkeit aufgedeckt, als die Klassenspaltungen, die im Kampf um die politische Freiheit vorübergehend untergegangen waren, wieder zum Vorschein kamen, und zwar oft mit zunehmender Intensität, insbesondere in den Staaten, in denen die neue unabhängige Regierung eine sozialistische Politik verfolgte.“ Nkrumah, *Class Struggle in Africa*, p.10.

FRELIMO in Mosambik, die PAIGC in Guinea-Bissau und die PCT in der Republik Kongo). Die Rolle des sozialistischen Lagers bei der Schaffung eines Raums für die Entfaltung dieser ideologischen Diskussionen - sei es in Zeitschriften wie *Probleme des Friedens und des Sozialismus* oder in den zahllosen Konferenzen, die verschiedene politische Bewegungen zusammenbrachten - darf nicht unterschätzt werden. Die Dokumentation dieses internationalen Austauschs bietet eine Menge an theoretischen Erkenntnissen und praktischen Erfahrungen, die nach 1990 allzu oft verloren gegangen sind oder ignoriert wurden.

Heute, über 50 Jahre nach dem Putsch gegen die US-RDA, werden die Menschen in Mali immer noch des sozialen Fortschritts und der wirtschaftlichen Unabhängigkeit beraubt. Die Lebenserwartung liegt nach wie vor unter 60 Jahren, 70 Prozent der Nahrungsmittel müssen importiert werden, und nur ein Drittel der erwachsenen Bevölkerung kann lesen und schreiben.⁶² Der erbärmliche Zustand des Landes ist eine klare Anklage gegen Frankreich und seine Verbündeten, die seit 1968 einen langen Schatten auf Mali geworfen haben. Durch Mechanismen wie den CFA-Franc und die berüchtigten "Strukturanpassungsprogramme" wurden die Abhängigkeit und Ausbeutung Westafrikas nur noch vertieft. Nach der Vertreibung des französischen Militärs im Jahr 2022 ist das malische Volk erneut mit der vollen Härte der westlichen Strafmaßnahmen konfrontiert: Ein Handelsembargo wurde verhängt, die Grenzen zu den Nachbarstaaten wurden abgeriegelt und das Vermögen der Zentralbank eingefroren. Mehr als einer von drei Maliern ist inzwischen auf humanitäre Hilfe angewiesen.⁶³ Diese schmerzhaft Perpetuierung des Neokolonialismus steht in scharfem Gegensatz zur internationalistischen Solidarität der sozialistischen Staaten. Das allein ist schon Grund genug, sich auf diese Tradition zu besinnen und ihre Diskussionen neu aufzugreifen.

⁶² Aged 15 and over – World Bank data for 2020.

⁶³ Press Release January 18, 2022, International Rescue Committee, *New sanctions risk plunging the people of Mali further into humanitarian crisis, warn 13 NGOs.*